



Nr. 147.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

92. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 3mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg., Resttagen 25 Pfg. Schluß für Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernspr. 9.

Mittwoch, den 27. Juni 1917.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.65 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortbezirk Mk. 1.65, im Fernverkehr 1.65. Postgebühren in Württemberg 30 Pfg.

Belagerungszustand in Spanien.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die amtliche deutsche Meldung.

Ein französischer Angriff nordöstlich von Soissons verlustreich abgewiesen.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 26. Juni. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Längs der Front bekämpften sich die Artillerien stellenweise unter großem Munitionseinsatz. Gegen die Infanteriestellungen richtete sich die Feuerwirkung nur in einzelnen Abschnitten, meist zur Vorbereitung von Erkundungshöhen, die mehrfach zu Grabenkämpfen führten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Bei Baugillon lag starkes französisches Feuer auf den seit den Kämpfen vom 20. und 21. Juni fest in unserer Hand befindlichen Gräben. Nach lebhaften Feuerkämpfen griffen die Franzosen nordwestlich des Gehöftes Hutebise die von uns neulich gewonnene Höhenstellung an. Der Gegner drang trotz hoher Verluste, die seine Sturmwellen in unserem Feuer erlitten, an einigen Stellen in unsere Linie; sofort einsetzender Gegenangriff warf sie zum größten Teil wieder hinaus. Die Artillerietätigkeit war auch in andern Abschnitten des Nisne- und Champagnestront bei guter Sicht recht lebhaft. Ein eigenes Stoßtruppunternehmen südöstlich von Tahure führte zu dem beabsichtigten Erfolg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Nichts besonderes. Mittweiler Freisier von Nischhofen hat an den beiden letzten Tagen seinen 54., 55. und 56., Deutnant Almentöder gestern seinen 30. Gegner im Luftkampf besiegt.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Südwestlich von Bud und zwischen Stripa und Dnjepr hielt die lebhafteste Gefechtsstätigkeit an; mehrfach wurden russische Streifabteilungen verjagt.

Mazedonische Front: Die Lage ist unverändert. In Vorfeldgefechten behielten die Bulgaren die Oberhand. Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Länge der gesamten Kriegsfrent.

Frankfurt, 26. Juni. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Genf: Nach einer Mitteilung des Pressebureaus des französischen Kriegsministeriums hat die gesamte Kriegsfrent gegenwärtig eine Länge von 4540 Kilometern, die sich wie folgt verteilt: Belgien 65 Kilometer, Frankreich 730 Kilometer, Italien 425 Kilometer, Rußland 1700 Kilometer, Rumänien 420 Kilometer, Serbien und Montenegro 1000 Kilometer, Ägypten 200 Kilometer.

Neue U-Bootserfolge.

(WTB.) Berlin, 27. Juni. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote im Atlantischen Ozean hat neuerdings 8 englische bewaffnete Dampfer mit 40 500 Bunkertonnentonnen versenkt und zwar die Dampfer „Harburn“ (4572 Tonnen) mit Hafer und Mais nach Frankreich, „Appledore“ (3843 Tonnen) mit Hafer und Heu nach England, „City of Perth“ (3427 Tonnen) mit Stüdgut nach England, „Buffalo“ (4106 Tonnen, ebenfalls mit Stüdgutladung, ferner einen unbekanntenen Dampfer von etwa 12 000 Tonnen, der schwer beladen nach Amerika fuhr, sowie 3 große beladene Frachtdampfer, von denen einer aus einem Geleitzug herausgeschossen wurde.

(WTB.) Bern, 27. Juni. Nach dem „Matin“ wurde der englische Dampfer „Tors“ in der Nähe der englischen Küste von einem deutschen Unterseeboot angegriffen. Er nahm den Kampf auf und konnte schwer beschädigt den Hafen erreichen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Aufhebung der Verfassungsgarantien in Spanien.

(WTB.) Madrid, 25. Juni. (Neuer.) Der Ministerrat hat heute abend die Aufhebung der Verfassungsgarantien beschlossen.

Eine plumpe Neuterlüge.

(WTB.) Berlin, 26. Juni. (Amtlich.) Neuter verbreitet die Nachricht, daß deutsche Flieger an der Ostfront südlich Smorgon über den russischen Linien Flugblätter folgenden Inhalts abgeworfen haben: „Wir danken Euch für die lange Ruhe und Eure Verbrüderung, die sich mit uns gestattet haben, Truppen an die Westfront zu bringen und der englisch-französischen Offensive standzuhalten. Jetzt haben wir davon genug. Wir werden den Kampf wieder aufnehmen, und auf alle Eure Soldaten schießen, die sich mit uns anbiedern wollen.“ Diese Meldung ist von Anfang bis zu Ende erlogen.

Die Vorgänge in der Schweiz.

Die Wahl Adors zum Leiter des Auswärtigen Amtes.

(WTB.) Bern, 26. Juni. Die Schweizer Tel.-Ag. meldet: Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung auf Grund der außerordentlichen Vollmachten einen Beschluß erlassen mit der Bestimmung, daß der Bundespräsident als solcher Vorsteher des politischen Departements ist. Für die Zeit bis Ende 1917 hat der Bundesrat auf Grund dieses Beschlusses einem Mitglied, das nicht Bundespräsident ist, die Leitung des politischen Departements übertragen. Die Handelsabteilung des politischen Departements geht an das Volkswirtschaftsdepartement über, das durch besondere Verwaltungsmassnahmen so gut wie möglich entlastet werden soll. Dieser Beschluß tritt heute in Kraft. Nach der Wahl Adors zum Mitglied des Bundesrats schritt der Bundesrat in derselben Sitzung sofort zur Neuverteilung der Departements. Da der Bundespräsident Schulthess auch während des Präsidialjahres im Einverständnis mit seinen Amtsgenossen die Leitung des Volkswirtschaftsdepartements beizubehalten wünscht, wurde das neugewählte Mitglied Ador mit der Leitung des politischen Departements beauftragt. Auf Grund des gefassten Beschlusses geht jedoch dieses Departement beim Beginn des nächsten Jahres an den Bundespräsidenten über.

Eine Erklärung des neuen Leiters des auswärtigen Amtes der Schweiz.

(WTB.) Bern, 26. Juni. Bundesrat Ador hielt anlässlich seiner Wahl zum Leiter des politischen Departements eine Rede, in der er zunächst für seine Wahl dankte und versicherte, daß man auf seine volle Hingebung im öffentlichen Interesse und auf seine absolute Unparteilichkeit zählen könne. Ador fuhr fort: Entschlossen, gewissenhaft alle Pflichten zu erfüllen, die uns eine loyale Neutralität auferlegt, werde ich die feierlichen Erklärungen des Bundesrats anlässlich der Verabredung des schweizerischen Volkswillens, neutral zu bleiben, nie vergessen. Ich füge bei, daß ich auch die Rechte des Staates und der Eidgenossenschaft zu verteidigen wissen werde, die in ihrer Freiheit und Unabhängigkeit keine Einbuße von außen erleiden dürfen. (Beifall.) Alle meine Anstrengungen, die einzig von meiner heißen Vaterlandsliebe eingegeben sind, gehen darauf aus, seine ehrenvollen Ueberlieferungen der Gerechtigkeit, der Treue und der Achtung vor dem Volkswillen, mit welchem unsere Demokratie fest verbunden ist, zu erhalten und weiter auszubauen. Unser Vaterland, treu bewahrt von unserer tapferen Armee, stark in der Einigkeit aller Bundesgenossen, unsere Rechte und Verantwortlichkeiten erkennend, kann die

über Europa hereingebrochene Krise überstehen, indem es sich immer größere Liebe und Achtung verschafft und das Beispiel einer Demokratie gibt, die auf das große Ideal der Gerechtigkeit und Solidarität hin gerichtet ist. Mit diesen Gefühlen und mit dem Willen, an der Beruhigung und Einigung unter den Eidgenossen zu arbeiten, nehme ich die Wahl an.

Ein Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

(WTB.) Bern, 27. Juni. Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung einen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten bestellt, bestehend aus dem Bundespräsidenten Schulthess, dem Vizepräsidenten Calonder und dem Bundesrat Ador.

Zur Wahl Adors.

(WTB.) Berlin, 27. Juni. Die Wahl des 72jährigen Genfers Ador zum Nachfolger des Bundesrats Hoffmann ist von den Genfern mit 28 Bällerschüssen begrüßt worden. Die Stadt war geflaggt. Auf Hoffmann, der nicht kandidierte, entfielen 14 Stimmen. Ador versprach angeblich der Fraktionsmehrheit, niemals das Abzeichen der französischen Ehrenlegion zu tragen, solange er Bundesrat sei. — In der „Bosnischen Zeitung“ heisst es: Die deutsche Schweiz hat ein großes Opfer gebracht, um größere zu vermeiden. Die Tatsache, daß Ador zu Neujahr die Führung des politischen Departements wieder abgeben muß, bietet eine ziemliche Gewähr, daß bis dahin keine völlige Neuorientierung der schweizerischen Politik eintreten wird.

Zum Fall Hoffmann.

Berlin, 27. Juni. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat der schweizerische Bundesrat Hoffmann um einen ausführlichen Bericht über seinen Fall ersucht. Man vermutet, daß der Schlüssel zu Hoffmanns chiffrierter Depesche an die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg gestohlen worden ist. Hoffmann weilt noch in Bern.

Grimm über seinen Auftrag an Hoffmann und die Zustände in Rußland.

(WTB.) Berlin, 26. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat Nationalrat Grimm an den Stockholmer Bürgermeister Lindhagen einen Brief gerichtet, in dem er ausführt, das bekannte Telegramm des Bundesrats Hoffmann sei die Antwort auf eine Anfrage, die in seinem Auftrag gestellt worden sei. Er habe in der Anfrage allgemein um Mitteilung über die bekannten Kriegsziele der Regierungen gebeten, nicht aber um die speziellen Kriegsziele oder Bedingungen für einen Sonderfrieden. Eine frühere Verständigung zwischen Bundesrat Hoffmann und Grimm fand demnach nicht statt, aber ebensowenig ein anderer Telegrammwechsel als der jetzt bekannte. Hoffmann als deutscher Agenten zu verdächtigen, weil er ihm bekannte Kriegsziele einem für den allgemeinen Frieden tätigen Schweizer Parlamentarier auf Ersuchen bekannt gab, sei absurd. Im Verlaufe seines Briefes sagte Grimm: Ich verrate keinerlei Geheimnis, wenn ich feststelle, was die chauvinistische Presse Rußlands fast jeden Tag schreibt und was selbst die zweite provisorische Regierung in ihren Kundgebungen bis zu einem gewissen Grade bestätigt, daß die gegenwärtigen Zustände in Rußland militärisch, wirtschaftlich und sozial unhaltbar sind, und daß es einer Reorganisation bedarf, die nimmermehr das Werk einiger Wochen sein kann. Es ist nicht nur meine Ueberzeugung, sondern die Anschauung der großen Mehrzahl der Sozialisten, mit denen ich sprechen ich Gelegenheit hatte, daß eine solche Reorganisation ohne die vollständige Katastrophe unvermeidlich ist, die vollständige Liquidation des Krieges bedingt und daß ein schleuniger Frieden die einzige Möglichkeit zur Rettung der Revolution ist.

Kommt eine russische Offensive? — Der Druck der Entente auf die Neutralen.

Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte hat bekanntlich beschlossen, im Interesse der „Freiheit“ des russischen Volkes müsse die russische Armee wieder eine Offensive ergreifen. Der Beschluß wurde zwar mit geringer Mehrheit erreicht, aber er zeigt doch, daß die Propaganda eines Kerenski und seiner Ententegenossen nicht ohne Erfolg geblieben ist. Der französische Munitionsminister Thomas, der bekanntlich vorgibt, auch Sozialist zu sein, gibt uns ein Beispiel, mit welchem Kraftaufwand im russischen Heer Propaganda für die Fortführung des Krieges gemacht wurde. Er sagte, seine rednerische Tätigkeit an der Front habe alle Vorstellungen überstiegen. Seine Sekretäre hätten nur die wichtigsten Reden nachstenoographiert. Aber schon diese bildeten einen Riesenband von mehreren hundert Seiten. Er sei von dem Komitee oft mit offenem Mißtrauen und Feindseligkeiten empfangen worden. Daß die Führer der russischen Sozialisten für die Kriegshege eines französischen Genossen keinen Sinn haben, läßt sich denken. Sie wissen nur zu genau, welche Interessen Thomas vertritt, und daher hat man erklärlicherweise seine Propaganda im russischen Heer mit Mißtrauen verfolgt. Dieselbe mißtrauliche Stimmung hat auch der russische Kriegsminister Kerenski, bekanntlich auch ein „Sozialist“, auf seiner Frontreise wahrnehmen müssen. Unschlüssig der Befichtigung eines Regiments trat ein Soldat vor, und fragte den Kriegsminister, ob die Verteidigung der erstrungenen Freiheit eine Offensive gegen die Deutschen notwendig mache. Wenn man eine Offensive mache, so würden alle zu Grunde gehen, die Toten würden aber keine Freiheit mehr brauchen. Kerenski antwortete dann, die Befehlshaber über Offensiven stehe ausschließlich der obersten Heeresleitung zu. Das ist natürlich eine faule Ausrede; bei der früheren geregelten Kriegführung hat das zweifellos zutreffend, jetzt aber entscheidet über den Wiederbeginn der allgemeinen Feindseligkeiten die vorläufige Regierung. Kerenski appellierte dann aber auch an das persönliche Ehrgefühl der Soldaten, indem er befahl, daß dieser Soldat aus der Armee ausgeschlossen werde und nach Hause gehen dürfe; es solle aber allen Soldaten erklärt werden, daß er ein Feigling sei, der sich geweigert habe, das russische Vaterland zu verteidigen. Diese Redensart wird in allen Variationen von den russischen Kriegsfreunden und ihren Ententehelfershelfern kopiert, trotzdem die russische Regierung natürlich weiß, daß sie ohne weitere Blutopfer von den Mittelmächten einen Frieden ohne Annexionen und Kriegentschädigungen erhalten kann, lediglich auf Grund gegenseitiger Verständigung. Es wird aber geltend gemacht, daß Rußland nicht nur für sich allein einen solchen Frieden wünscht, sondern auch für seine Alliierten und deshalb müsse es zu der Entente bis zum allgemeinen Frieden halten. Das hat nur den einen Haken, daß die Alliierten Rußlands überhaupt nicht für einen annexionlosen Frieden sind, sondern heute noch mit aller Macht ihre ausschweifenden Kriegsziele durchzuführen suchen. Rußland würde also tatsächlich neue Opfer nur für die Eroberungspläne der Entente bringen. Diese Anschauung hat auch in großen Kreisen des Volkes und der Armee Platz gegriffen, und es dürfte deshalb den russischen und alliierten Einparkern an und hinter der Front nicht leicht fallen, das Volk von der Notwendigkeit einer allgemeinen Offensive zu überzeugen. Daß diese aber tatsächlich von den derzeitigen russischen Machthabern geplant ist, geht aus der erhöhten Kampftätigkeit an der Ostfront hervor, die seit einiger Zeit in unseren Generalstabsberichten festgestellt wird. Es handelt sich im großen Ganzen um die galizische und die Karpathenfront, und wohl auch um das Zentrum der Front, im Raum von Smorgon. Warum gerade hier die russische Artillerie sich reger betätigt, das wird verständlicher, wenn man weiß, daß an diesen Frontabschnitten größtenteils englische und französische „Instruktions“-Offiziere sich befinden. Diese haben natürlich ein Interesse daran, den Kampf an der Ostfront wieder aufleben zu lassen, und glauben durch ihre verstärkte Feuer-tätigkeit die Deutschen herausfordern zu können, um den für eine neue russische Offensive notwendigen Haß der Mannschaften auf diese Weise wieder zu beleben. Aber die Führer der Soldatenräte wachen darüber, daß eine solche Stimmung nicht einreißt, und in großen Frontabschnitten haben die Soldaten überhaupt die Macht in der Hand und üben sie aus trotz des Kriegsministers Bemühungen, wieder einen einheitlichen Kriegswillen im Heer zu schaffen. Man fürchtet allgemein, daß der Kampf der beiden Parteien um Krieg oder Frieden zu einer neuen Revolution führt, die aber einen blutigeren Charakter annehmen würde als die erste. Der Einfluß der friedensfreundlichen Parteien gewinnt in den Großstädten an Raum, und namentlich auch in Südrußland, wo die Unabhängigkeitsbestrebungen zunehmen. Also so leicht dürfte das Problem des Wiederbeginns der Offensive für die russische Regierung nicht werden, und es wäre nicht unmöglich, daß sie dadurch gerade das Gegenteil von dem erreicht, was sie will, nämlich eine weitere Zersplitterung der russischen Macht.

Neben der Bearbeitung des russischen Volkes hat die Entente aber auch noch Zeit und vor allem Geld genug übrig, ihre Agitation gegen die Mittelmächte in den neutralen Staaten fortzusetzen. Besonders wird zur Zeit auch Spanien mit den Wühlerreien der Entente beehrt, die jetzt schon zur Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien ae-

führt haben, d. h. zur Erklärung des Belagerungszustandes. Die Nachrichten aus Spanien sind in letzter Zeit so spärlich geworden, und haben einen so geheimnisvollen Charakter angenommen, daß man nicht sagen kann, was der unmittelbare Anlaß zu dieser schwerwiegenden Maßnahme der Regierung war. Aber das dürfte letzten Endes dabei herauskommen, daß es sich um republikanische Maßnahmen handelt, die von England und Frankreich unterstützt werden, weil man anscheinend mit der monarchischen Regierung nicht zum Ziel kommt. In Spanien wird man sich vielleicht auch des Schicksals Griechenlands erinnern, das zuerst im Innern zermürbt wurde, um es dann vollständig zu Boden zu zwingen. Und mit der Schweiz wird jetzt dasselbe Mittel probiert, indem man so lange gearbeitet hat, bis der ententefreundliche Ador ans Ruder gekommen ist. Unser Verhältnis zur Schweiz wird natürlich davon abhängen, inwieweit der gleichzeitig mit der Berufung Adors in Leben tretende Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Sympathien Adors für die Entente auf dem neutralen Geleise zu erhalten vermag. O. S.

Von unsern Feinden.

Zum Aufstand der Iren in Cork.

(W.B.) Amsterdam, 26. Juli. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, daß die Unruhen in Cork sehr ernster Natur waren. Die Sinn-Feiner hatten die Stadt am Sonnabend früh vollständig in ihrer Macht. Menge begann Gebäude zu zerstören, als eine Abteilung Polizei mit aufgeflossenen Bajonetten anrückte. Die Polizei mußte sich, nachdem mehrmals gefeuert worden war, zurückziehen. Sie erhielt Verstärkungen, worauf der Kampf mit wechselndem Erfolg fortgesetzt wurde. Schließlich wurde Militär zu Hilfe gerufen.

Die Duma und die vorläufige Regierung.

(W.B.) Stockholm, 27. Juni. Nach „Ruskoja Wolja“ trat am letzten Sonnabend der Interimsausschuß der Reichsduma unter dem Vorsitz Rodziankos zusammen, wobei jedoch die Progressisten und die Kabetten fehlten. Man erörterte die vom Arbeiter- und Soldatenrat vorgeschlagene Auflösung der Duma und sprach sich dahin aus, daß diese Frage vor Ablauf der Mandate der Dumamitglieder nicht entschieden werden können. Die vorläufige Regierung sei nicht berechtigt, die Duma aufzulösen.

Auflösung von vier russischen Regimentern.

Berlin, 27. Juli. Eine Depesche des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Stockholm besagt: Der russische Kriegsminister Kerenski hat nach Prüfung der Vorfälle die Auflösung der Regimenter 45, 46, 47 und 52, die bekanntlich gementert hatten, angeordnet und entschieden, daß alle Soldaten und Offiziere, die sich der Gehorsamsverweigerung schuldig gemacht haben, vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Beaufsichtigung der Lebensmittelverteilung in Amerika. Nationalisierung der europäischen Neutralen.

(W.B.) Washington, 25. Juni. Das Repräsentantenhaus hat mit 365 gegen 5 Stimmen ein Gesetz angenommen, das den Präsidenten zur Beaufsichtigung der Verteilung von Lebensmitteln und Brennstoffen ermächtigt, und 152 000 000 Dollars zu diesem Zweck zur Verfügung stellt. Durch einen Zusatz wird die Verwendung von Lebensmitteln zur Bereitung von berausenden Getränken verboten.

(W.B.) Washington, 26. Juni. Reuter meldet: Wilson hat durch eine Ausführungsverordnung einen Beschlagnehmerat geschaffen zur Durchführung der Beschlagnahme von Lebensmitteln und des Spionagegesetzes, durch das die Vereinigten Staaten in den Stand gesetzt werden, zahlreiche Schritte zur erfolgreichen Fortführung des Krieges zu tun und zu verhindern, daß Lebensmittel durch Vermittlung der Neutralen nach Deutschland gelangen. Der Beschlagnahmerat wird aus den Staatssekretären des Handels, der Landwirtschaft und der Lebensmittelverwaltung bestehen. Ein Plan zur Nationalisierung der europäischen Neutralen ist ausgearbeitet worden und soll sofort in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Die ersten Waren, auf die das Gesetz angewendet werden soll, werden Kohlen und Getreide sein.

Griechenland.

Die Wiederaufrichtung der Herrschaft von Venizelos.

(W.B.) London, 26. Juni. Die „Times“ berichten aus Athen: Sobald das Parlament zusammentritt, wird Venizelos den Abgeordneten sein Programm vorlegen. Er wird möglicherweise vorschlagen, daß Griechenland sich den Alliierten anschließen soll, hat aber nicht die Absicht, die Griechen gegen ihren eigenen Wunsch zu mobilisieren. Epirus hat sich der provisorischen Regierung angeschlossen. Eine französische Abteilung von Truppen der provisorischen Regierung wurde in Preveza gelandet.

(W.B.) Paris, 26. Juni. Die Agence Havas meldet aus Athen: Ministerpräsident Zaimis gab dem König den (ihm vom Verbands diktierten!) Wunsch zu erkennen, ihm das Entlassungsgesuch des Kabinetts zu überreichen. In der gestrigen Unterredung mit Zonnart erklärte der König sein Einverständnis, Venizelos die Sorge für die Bildung eines neuen Ministeriums anzuvertrauen.

(W.B.) Paris, 26. Juni. Die Agence Havas läßt sich unter dem 24. Juni aus Athen melden: Zonnart hat an Zaimis eine Note gerichtet, in der er unter Hinweis auf die in der Note der Mächte bereits auseinandergelegten Erwägungen über die Verfassungswidrigkeit der gegenwärtigen Kammer die Regierung zur Einberufung der aufgelösten venezelistischen Kammer auffordert. Zaimis, der nach seinen dem Lande und dem König geleisteten Diensten seine Aufgabe als beendet ansieht, hat im Interesse der Wohlfahrt des Landes zur Beruhigung und Versöhnung gemahnt. Das neue Kabinett Venizelos wird am Dienstag oder Mittwoch vereidigt werden.

(W.B.) Amsterdam, 26. Juni. Nach einem hiesigen Blatt melden die „Times“ aus Athen, daß die Franzosen am Sonntag früh die Umgebung des Stadion, des Zappeion und verschiedene Punkte der Stadt besetzt haben. Auf den Rat von Zonnart soll die vorläufige Regierung von Saloniki nach dem Piräus überfiedeln. Ein starkes Detachement von Gendarmen hat Saloniki am Sonntag verlassen und sich nach Athen begeben, das es zusammen mit den französischen Truppen besetzen soll. In Preveza sind neben der französischen Abteilung Truppen der vorläufigen Regierung gelandet.

Antivenzelistische Kundgebungen.

(W.B.) Amsterdam, 26. Juni. Reuter meldet aus Athen vom 24. Juni, ein Teil der Blätter schlage politisches Kapital aus einer antivenzelistischen Kundgebung, die am 23. Juni, abends, nach der Reuterdarstellung (!) von betrunkenen Reservisten und Seeleuten veranstaltet worden sei. In der Kundgebung hätten einige hundert Personen unter Führung gunaristischer Agitatoren teilgenommen. Vom 25. Juni meldet Reuter aus Athen, daß infolge dieser Kundgebung Truppen der Alliierten in Athen einmarschiert seien, um bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken.

Englands Zustimmung zur Vergewaltigung Griechenlands.

(W.B.) Rotterdam, 27. Juni. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im Unterhause hat Balfour mitgeteilt, daß die französische und die englische Regierung Zonnart Generalvollmacht erteilt hatten, die griechische Frage einer radikalen Lösung zuzuführen. Zonnart hatte keine ins Einzelne gehende Weisungen erhalten, da man der Ansicht war, daß sie ihn nur behindern würden. Die britische Regierung sei über die genaue Form der Mitteilung, die an König Konstantin gerichtet worden sei, nicht einmal gefragt worden, habe aber die französische Regierung und Zonnart wissen lassen, daß ihres Erachtens die Thronentsetzung und die Entfernung des Königs unvermeidlich sei.

Bermischte Nachrichten.

Die nächste Sitzung des Reichstags.

(W.B.) Berlin, 26. Juni. Die nächste Vollsitzung des Reichstags findet am Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht die erste oder auch die zweite Beratung der Kreditvorlage.

Vom Verfassungsausschuß des Reichstags.

Berlin, 27. Juli. Der Verfassungsausschuß des Reichstages ist laut „Vorwärts“ von seinem Vorsitzenden Scheidemann für den 3. Juli einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betreffend die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten.

Deutsches Entgegenkommen gegenüber Holland.

(W.B.) Berlin, 27. Juni. (Mittl.) Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung wegen der am 22. Februar 1917 infolge eines unglücklichen Zufalls durch ein deutsches Unterseeboot im Sperrgebiet versenkten niederländischen Handelsdampfer sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Der Admiralstab hatte bekanntlich den niederländischen Reedereien zugesagt, den im Sperrgebiet tätigen Unterseebooten die Schonung dieser Dampfer für den erwähnten Tag durch Funkpruch zu befehlen, dabei aber ausdrücklich hinzugefügt, daß er eine Gewähr für das Auffangen des Funkpruchs durch sämtliche beteiligten Unterseeboote nicht übernehmen könne. Die Reedereien hatten daraufhin das Auslaufen ihrer Schiffe veranlaßt, anstatt den ihnen als unbedingt sicher bezeichneten Termin vom 17. März zu wählen. In der Zeit sind die niederländischen Schiffe durch ein Unterseeboot versenkt worden, das wider alles Erwarten infolge Störung seiner Funk-spracheinrichtung den Befehl nicht erhalten hatte. Bei dieser Sachlage konnte die deutsche Regierung eine Verantwortung für den auch von ihr lebhaft bedauerten Vorfall nicht anerkennen. Sie hat sich aus Teilnahme und in freundschaftlicher Gesinnung bereit finden lassen, zur Abwendung der den Niederlanden durch die Schiffsverluste erwachsenden wirtschaftlichen Schäden gleichartige in Niederlande liegende deutsche Schiffe der niederländischen Regierung zur Verfügung zu stellen, wogegen diese die für die versenkten Schiffe zu zahlenden Versicherungssummen herausgeben

will. Die Erprobung ist für die Niederländisch-trans-ozeanische Fahrt bestimmt und werden erst auslaufen, nachdem unsere Gegner den Flaggenwechsel anerkannt haben. Die deutsche Regierung wird weiter den Befehlen der versenkten Schiffe, wovon glücklicherweise niemand ums Leben gekommen ist, den etwa erlittenen Schaden ersetzen. Die niederländische Regierung hat das bei diesen Verhandlungen bewiesene Entgegenkommen der deutschen Regierung mit Dank anerkannt, sodass damit der die Beziehungen der beiden Länder trübende Zwischenfall glücklich erledigt ist.

Annahme des Haushaltsplans in Oesterreich

(WB.) Wien, 27. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat den vorläufigen Haushaltsplan in zweiter Lesung mit 292 gegen 150 Stimmen angenommen. In der Obmännerversammlung wurde vereinbart, der Regierung bekannt zu geben, daß man es für zweckmäßig halte, die Delegationen mitte Juli einzuberufen.

Die polnischen Forderungen.

(WB.) Warschau, 26. Juni. Eine Bekanntmachung der nationalen Partei hat laut „Kurjer Polski“ eine Entschliessung gefaßt, die fordert: 1. Ein unabhängiges polnisches Reich mit monarchistischer Verfassung, starker Regierung und Zweikammer-System, auf breiter demokratischer Grundlage. 2. Energiischer Ausbau des polnischen Staates schon während des Krieges, insbesondere Schaffung einer starken Armee mit den Cadres der Legionen, was eine der Hauptgrundlagen des staatlichen Aufbaues sei. 3. Erlangung der Rolle einer selbstständigen Partei für Polen angesichts der beiden kämpfenden Parteien und Streben nach den Forderungen für eine Vertretung Polens bei den Friedensverhandlungen. 4. Anerkennung des Grundsatzes, daß eine polnische Regierung und ein polnisches Heer nur im Lande geschaffen werden können und energischen Widerstand gegen alle Versuche zur Schaffung einer Regierung und eines Heeres außerhalb des Landes. 5. Als Ausweg aus der gegenwärtigen Lage sofortige Schaffung eines Regenschaftrates von drei Personen, die bis zur Berufung eines Hauptes für den polnischen Staat das oberste Organ der polnischen Staatlichkeit darstellen und den Staat nach außen vertreten. Die Aufgabe dieses Regenschaftrates soll die Schaffung eines Ministerkabinetts und eines neuen Staatsrats sein, der als gesetzgebendes Organ bis zur Berufung des Landtags wirken soll.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. Juni 1917.

Beförderung.

Paul Mittel von Gehingen, im Landwehr-Inf.-Reg. 122, ist zum Gefreiten befördert worden.

Kriegsverluste des Oberamts Calw.

Aus der Württembergischen Verlustliste Nr. 579.
Bauerle, Friedrich, 19. 2. 93, Monakam, gef. — Bollen, Eduard, Fahnj. Uffz., 22. 11. 97, Calw, l. verw. b. d. Tr. — Burkhardt, Johannes, 27. 1. 97, Breitenberg, l. verw. b. d. Tr. — Günther, Mathias, 12. 2. 96, Oberweiler, l. verw. — Kienzle, Eugen, 15. 5. 96, Althengstett, l. verw. — Kugele, Karl, 1. 6. 77, Altburg, l. verw. — Oltmar, Martin, 22. 8. 85, Nischalben, gef. — Rentschler, Michael, Gefr., 5. 12. 87, Schmied, l. verw. — Rupp, Friedrich, 20. 12. 93, Demjäck, l. verw. — Stoll, Ulrich, Pwachtm., 22. 2. 92, Liebenzell, l. verw. b. d. Tr. — Waidelich, Hans, 24. 1. 96, Iwerenberg, verl. b. d. Tr.

Aus den preussischen Verlustlisten Nr. 849 bis 859.

Stanger, Friedrich, Gefr., 8. 4. 76, Möttlingen, verm. — Jüßle, Friedrich, Uffz., 13. 1. 92, Oberkollwangen, gef. — Gut, Hubert, 3. 11. 81, Röttenbach, verm. — Ortholf, Hermann, 9. 7. 94, Hirsau, schw. verm.

U-Boot-Spende.

Die Sammlung wird voraussichtlich mit dem 30. Juni abgeschlossen werden. Es beeile sich daher jeder, seine Spende vorher noch darzubringen.

Obstbeförderung.

Nach den Vorschriften der Landesversorgungsstelle darf Obst jeder Art von einer Ortschaft zur andern nur auf Grund eines gültigen Beförderungsscheines befördert werden. Dabei ist es gleichgültig, in wessen Auftrag, durch wen, auf welchem Wege und mit welchen Beförderungsmitteln (Bahn, Post, Fuhrwerk, Traglast, Reisegepäck, Handgepäck) die Beförderung geschieht. Die Beförderungsscheine zur Beförderung von einem Orte des Oberamtsbezirks nach einem andern Bezirksort werden vom Oberamt ausgestellt, soweit hierzu nicht einzelne Ortsvorsteher ermächtigt sind. Im übrigen erfolgt die Ausstellung der Beförderungsscheine durch die Landesversorgungsstelle.

Beschlagnahmung der Glocken.

Es wird uns mitgeteilt: Die Heeresverwaltung nimmt zur Deckung des erheblichen Bedarfs an Sparmetallen seit längerer Zeit Kupfer, Bronze und Messing aus Haushaltungen und aus der Industrie, aus der Elektrotechnik, aus Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien, chemischen Fabriken, Staats- und Straßenbahnen heraus. Bei der Notwendigkeit, die obengenannten Industrien und Anstalten mit Rücksicht auf die Herstellung von Kriegsbedarf oder aus volkswirtschaftlichen Gründen (Ernährung usw.) in Betrieb zu erhalten, die herausgenommenen Kupferapparate also nur nach und nach durch solche aus anderen Metallen zu ersetzen, ließ es sich nicht länger aufschieben, auch die Kirchenglocken, wie dies

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verbot der Heuansfuhr aus dem Oberamtsbezirk Calw.

Zur Durchführung der Sicherstellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung ordne ich hiemit an, daß jede Verfuhr von Heu nach Orten außerhalb des Oberamtsbezirks, sowie jede Ausfuhr von Heu nach diesen Orten mit sofortiger Wirkung zu unterbleiben hat.

Die Herren Ortsvorsteher wollen für ortsübliche Bekanntmachung vorstehender Anordnung Sorge tragen.
Calw, den 26. Juni 1917.

A. Oberamt: Binder.

Abgabe von Eiern an Wirtschaften.

Auf Grund von § 24 Abs. 2 der Verfügung des R. Ministeriums des Innern über die Eierabfuhr vom 27. Februar 1917 (Staatsanzeiger Nr. 49) in Verbindung mit §§ 13 Abs. 2 und 15 der Verfügung des R. Ministeriums des Innern über die Regelung der Eierversorgung vom 8. April 1916, ist von der Landesversorgungsstelle in Abänderung der Bekanntmachung vom 15. Mai d. Js., Calwer Tagblatt Nr. 115, bis auf weiteres angeordnet worden:

Wirte erhalten zur Herstellung von Speisen im Wirtschaftsbetrieb beim Umtausch von Fleischmarken gegen Fleischbezugscheine Eier. Es darf bis auf weiteres auf je 150 Fleischmarken 1 Ei abgegeben werden. Den Wirten stehen die Unternehmer ähnlicher Betriebe, ferner Anstalten, Wohlfahrtsanstalten einzelner oder solcher von Vereinen usw., sowie ähnliche Personen und Unternehmungen, die zubereitete Speisen an Gäste abgeben, gleich. Die Eier sind nur auf die abgelieferten ordentlichen Fleischmarken, nicht auch auf die Zulagemarken zu verwenden.

Calw, den 23. Juni 1917.

A. Oberamt: Binder.

Vergütung für Kriegsleistungen.

Gemäß § 21 Abs. 3 des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 — Reichsges.-Blatt S. 129 — werden die Gemeinden Gehingen, Hirsau und Liebenzell aufgefordert, ihre Anerkennnisse über Vergütungen für Kriegsleistungen und zwar

Gehingen für Naturalversorgung im Monat März 1917, Hirsau für Naturalquartier im Monat März 1917 und Liebenzell für Naturalversorgung im Monat März 1917 der Oberamtspflege Calw behufs Empfangnahme von Kapital und Zinsen einzufenden.

Der Zinsenlauf hört mit dem Ende des Monats Juni auf.
Calw, den 25. Juni 1917.

A. Oberamt: Binder.

bereits in Oesterreich schon früher gesehen ist, in Anspruch zu nehmen. Im Hinblick auf die große Menge der zu beschaffenden Erzeugnisse und die lange Hinauszögerung ihrer Fertigstellung, die durch den herrschenden Mangel an Arbeitskräften bedingt wird, läßt sich aus den obengenannten Industriezweigen nur allmählich der Ausbau bewerkstelligen. So kann z. B. aus den Brauereien nicht der letzte Brauekessel schon jetzt herausgeholt werden, da die Versorgung der Fronttruppen und Arbeiter der Rüstungs-Industrie mit Bier notwendig und wichtig ist. Wo sich verfügbare Metallmengen vorfinden, werden diese, wie es schon seit längerer Zeit geschieht, schnell und in vollem Umfang den Zwecken der Reichsverteidigung nutzbar gemacht. Da aber der Bedarf an Sparmetallen zurzeit ein äußerst dringender ist, war die Einziehung eines Teiles der Kirchenglocken, deren Metall der Heeresverwaltung Kupfer und Zinn liefert, nicht zu umgehen. Maßgebend für ihre Herausnahme war, daß die in den Glocken enthaltenen Bronzemengen ganz erhebliche sind, und daß ein unmittelbarer Ersatz der Glocken nicht unbedingt erforderlich ist. Wie aber allgemein bekannt sein dürfte, sind Vorkehrungen getroffen, um bezüglich des Alters, Kunstwertes, wie auch des historischen Interesses Rücksichten obwalten zu lassen. Selbstverständlich sind auch eine ganze Reihe anderer Metallgegenstände und dergl. schon seit längerer Zeit zur Ablieferung und Aufbarmachung vorgesehen, wie Kupferbedachungen, Bildwerke aus Bronze und Kupfer usw. Uebrigens werden die Metallmengen, die sich auf diese Weise mobilisieren lassen, von Laien vielfach ganz erheblich überschätzt. So handelt es sich beispielsweise bei der Kupferbedachung des Stuttgarter Hoftheaters, über dessen Abnahme bereits seit einiger Zeit Verhandlungen gepflogen werden, nicht, wie kürzlich in einer Zeitungsnote angegeben wurde, um 200 000, sondern nur um 46 000 Kilogramm Kupfer.

Mutmaßliches Wetter am Donnerstag und Freitag.

Die neuen Störungen werden zunächst noch von dem Hochdruck in Schwach gehalten. Für Donnerstag und Freitag ist weiterhin in der Hauptsache trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

(S. B.) Stuttgart, 25. Juni. Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer hielt heute abend eine neue Sitzung ab. Er stimmte dem Entwurf des Finanzgesetzes in allen Teilen zu und erledigte die zurückgestellten Statskapitel „Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer“. Dabei wurden in einem Antrag Hülfe gefühlte Maßnahmen verlangt, erstens daß Gesetze um Ermäßigung der Gewerbesteuer an keine Frist gebunden und auch für die zurückliegenden Kriegsjahre noch zugelassen werden; zweitens daß in gleicher Weise den Gebäudeschuldnern die Steuerermäßigung zuteil werde. Nach der Auskunft des Finanzministers ist dem Antrag in allen Teilen bereits willfahren, und zwar in Ziffer 1 durch Anord-

nungen des Ministeriums und zu Ziffer 2 durch eine Neuforderung von 200 000 M gerade für diesen Zweck. Der Antrag wurde deshalb, weil die Sache als erledigt anzusehen war, mit 8 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

(S. B.) Dettingen in Hohenzollern, 26. Juni. (Ein Sachverständiger.) Ein Unteroffiziersküler, der hierher zur Erntearbeit kommandiert war, wurde zum Kleesutermäher geschickt. Er ging frisch und freudig ans Werk, mähte aber, wie die „Tübinger Chronik“ erzählt, anstatt Klee einem anderen Bauer ein Stück — Naps ab! Nachdem der Mäher von einem die Strecke kontrollierenden Bahnwärter auf seinen Fehler aufmerksam gemacht wurde, ließ er von diesem ab und mähte von dem Naps seiner Arbeitgeberin!

Vom württembergischen Landtag.

(S. B.) Stuttgart, 23. Juni. Bei der heutigen Fortsetzung der Generaldebatte zum Etat in der Zweiten Kammer widerlegte Ministerpräsident v. Weizsäcker zunächst die Ausführungen einiger Redner wegen zu seltener und zu später Berufung des Hauses, wegen mangelnder konfessioneller Parität bei der Besetzung von Beamtenstellen und wegen Vernachlässigung des württembergischen Elements in der Reichsverwaltung. Der Ministerpräsident ging dann auf die von dem volksparteilichen Abgeordneten Hauemann beanstandete Zensurverfugung des Berliner Kriegspressesamtes gegen Flugblätter und dergleichen ein. Er halte diese Flugblätter für eine schwere Gefahr. Das feindliche Ausland sei im weiten Maße damit beschäftigt, diese von Entstellungen und Aufreizungen strotzenden Denkschriften zu verbreiten. Was die Frage der Staatsvereinfachung angeht, so könne sie ebensowenig wie die der Neuorientierung im Sturme verhandelt werden. Eine Lösung sei erst möglich, wenn in Deutschland wieder Neuwahlen stattgefunden hätten. Da, wo der Schuh besonders drücke, werde die Reichsleitung das ihrige tun. Die württembergische Regierung habe die kaiserliche Osterbotschaft mit Interesse und großer Befriedigung aufgenommen. Der Ministerpräsident habe den Eindruck, daß Verhandlungen der württembergischen Regierung wegen der Verfassungsfrage im Reich jetzt noch nicht stattfinden können. Er würde es auch für falsch halten, wenn die verbündeten Regierungen jetzt einen Generalprotest gegen das Borgehen im Reichstage erheben würden. Die Politik des Reichszanlers sei von der württembergischen Regierung während des Krieges als durchaus richtig erkannt und mit vollständiger Ueberzeugung unterstützt worden. Es bestehe die bestimmte Hoffnung, daß diese Unterstützung der Reichsleitung auch ferner gewährt werden könne. Die Art und Weise, wie der Steuermann des Deutschen Reiches in dieser denkbar schwersten Zeit angegriffen worden sei und noch werde, sei schon früher in diesem Hause verurteilt worden. Man ahne nicht, wie durch gute oder weniger gute gemeinpolitische Bestrebungen die unmittelbaren Reichsinteressen geschädigt würden. Nachdem der Redner sich dann gegen die von sozialistischer Seite angelegte Aufhebung der württembergischen Ersten Kammer gewandt hatte, erklärte er eine Unterhaltung über die Kriegsziele für nicht besonders nützlich, ja sogar für gefährlich. Unser Feinde wüßten es, daß Deutschland nach glänzender Abwehr der feindlichen Angriffe zu einem maßvollen Frieden bereit sei. Brutaler aber könne man die Eroberungsziele nicht aussprechen, als es durch die Feinde geschehe. Unter solchen Umständen habe ein Scheidemänncher Frieden keine Bedeutung. Solchen Kriegszielen würden unsere Soldaten eine noch kräftigere Verteidigung entgegensehen. Die Kämpfenden an der Front seien dauernd von dem denkbar besten Geiste erfüllt. Daraus ergebe sich die Hoffnung, daß eine Umkehr in der Gesinnung unserer Feinde bald kommen würde.

Abgeordneter Westmeyer (S. B.) bekannte sich zur republikanischen Staatsform und hielt es für die Pflicht eines jeden politischen Mannes, zu reden, wenn er den Eindruck gewinne, daß die Regierung am Abgrund steht; dann habe das Volk die Pflicht, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Er beklagte sich sodann über die ungleichmäßige Behandlung der Parteien und über die polizeiliche Ueberwachung, die in keinem Staat willkürlicher gehandhabt würde, als in Württemberg. Mit der Neuorientierung gehe es vorerst in Württemberg wie im Reich zurück.

Abgeordneter Dr. Hieber (N.) meinte, er überlasse es den früheren Freunden Westmeyers, sich mit diesem über den Standpunkt auseinanderzusetzen, den sie zu Anfang des Krieges eingenommen haben. Eine Erörterung über Kriegsfragen und Friedensziele im Landtag hielt der Redner nicht für sonderlich zweckmäßig. In der Paritätsfrage verpflichtete er dem Vizepräsidenten v. Kiene bei. Die innerpolitischen Kämpfe, die ja nicht aufhören werden, sollten nach dem Krieg mit vornehmerer Waffe ausgefochten werden. Verfassungsbewegungen in Preußen werden am besten gefördert, wenn wir in Württemberg möglichst wenig dabei mitsprechen. Für Frauenwahlrecht in Gemeinde und Staat bestehe vorerst kein Bedürfnis. Die parlamentarische Regierungsform in den feindlichen Ländern habe einen geschichtlichen Hintergrund. Eine besondere Förderung der Staatsvereinfachung sei auch bei den parlamentarischen Arbeiten nicht gerade zu sehen. Und auch im württembergischen Parlament werde noch viel unnötige Schreiarbeit geleistet. Der Redner hielt es nicht für richtig, wenn wir unsere eigenen

Landseute mit denselben Schlagworten bekämpfen, wie wir es unseren Feinden gegenüber tun. Wenn wir uns im Innern des Reiches selbst bekämpfen, wenn wir alles für alldeutsch halten, was vaterlandsliebend ist, dann geben wir unseren Feinden eine geschickte Handhabe, ihre Pläne weiterzutreiben, die sie schon lange gehabt haben, ehe sie in den Krieg eintraten; dadurch werden unsere Feinde in dem Glauben bestärkt, daß es mit Deutschlands Kraft zu Ende gehe. Wenn es nicht ein deutscher Friede sei, der diesen Krieg beendige, dann würden alle Freiheitsbestrebungen ein magerer Trost bleiben.

Abgeordneter Körner (B.R.) erklärte sich mit der Steuererhebung der Regierung einverstanden; in keinem

anderen Lande werde bei der Steuerfälligkeit der Besitz so stark herangezogen, wie in Württemberg. Er wandte sich gegen die übermäßige Wertschätzung des Geldes und hielt eine weitergehende Zentralisation für ungesund. Man solle zuerst alle Kraft einsehen, den Krieg zu beendigen, bevor man die Neuorientierungsfragen in Angriff nehme. Im großen Ganzen sei unser Volk mit den bestehenden Verfassungsbestimmungen zufrieden. Die Frauen seien zum Lieben da und nicht zum Streiten (Heißezeit); man erhalte sie ihrem Berufe und stelle sie nicht in das politische Getriebe. Der Redner verwahrte sich gegen den seiner Partei gemachten ungeheuren Vorwurf der absichtlichen Kriegsverlängerung. Dem Vernichtungswillen unserer Feinde müßten

wir vielmehr mit aller Stärke und Entschlossenheit entgegenreten. Das parlamentarische System komme einer Parteiregierung gleich. Eine starke, kräftige und gute Regierung sei vonnöten. Hinter dem Kampf gegen die Alldeutschen verberge sich der Kampf gegen das Deutsche überhaupt. Überall, wo etwas los sei, seien die Alldeutschen das Karnickel. Durch Siegeswillen, nicht durch Verteidigungswillen werden wir den Kriegswillen unserer Gegner vernichten. — 1/4 1 Uhr wurde die Sitzung auf Montag 1/4 4 Uhr vertagt. (Tagesordnung: Fortsetzung der Staatsberatung.)

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltsmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Döschliger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtschultheißenamt Calw.
Auf Lebensmittelmarke Nr. 63
kann von Freitag, den 29. Juni 1917 ab
Gerste
gekauft werden.
Calw, den 26. Juni 1917.
Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Da die Sammlung für die
Unterseeboot-Spende
auf 1. Juli abgeschlossen werden sollte, eruchen wir die
Herren Geistlichen und Ortsvorsteher
um gest. Einbindung der seit unserem letzten Aufruf noch weiter er-
samelten Gelder an die Oberamts Sparkasse sowie um Nachricht anher.
Calw, den 26. Juni 1917.
Reg.-Rat Binder. Stefan Jeller.

Calw, den 27. Juni 1917.
Todes-Anzeige.
Teilnehmenden Verwandten und Bekannten
geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber
Gatte, Vater, Groß- u. Schwiegervater
Otto Buchholz,
Bezirksfeldwebel a. D.,
heute nach längerem schweren Leiden,
versehen mit den heiligen Sterbe-
sakramenten, sanft in dem Herrn entschlafen ist.
Im Namen der kieftrauernden Hinterbliebenen:
die Gattin: Minna Buchholz.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 Uhr statt.

Landwirtschaftlicher Konsumverein.
Im Auftrag der Bezirksfuttermittelstelle wird
an Geflügelhalter
in Mengen bis zu 20 Pfund
Futter = Gerste,
das Pfund zu 21 Pfg. abgegeben.

Wegen des Feiertags halte ich diese Woche
Sprechtag
Samstag, den 30. Juni, von vormittags
7 Uhr bis nachmittags 3 Uhr.
Rechtsanwalt Baur.

Global
das ideale Mottenmittel der Gegenwart
tötet
Motten absolut sicher.
in praktischen Packungen vorrätig
Neue Apotheke.

Mädchen

welches schon in gutem Hause ge-
dient hat für Zimmer- und Haus-
arbeit sowie

Rüchennädchen
sucht.

Wer sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gewandt. Mädchen
oder Frau

für einige Stunden nachmittags
zum Spülen

gesucht.

Von wem, sagt d. Geschäftsst. d. Bl.

Unterzeichneter sucht kräftigen
Jungen als

Lehrling

oder 14-16jährigen

Burschen

zur Beihilfe in der Mühle
Mühlbesitzer **Mannemacher,**
Dachtel.

Hiesig.

Größere
Wohnung

mit reichlichem Zubehör
hat zu vermieten.

Wer, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Bad Liebenzell.

Hochpart. abgeseht.

Wohnung

3 gr. Zimmer mit Veranda, Man-
sarde, gr. Küche, Waschküche, Keller,
elektr. Licht, auch Gartenanteil, nahe
am Wald, auf 1. Juli oder Oktober
zu vermieten.

Th. Schoppe, Hindenburgstr.

Auf 1. Juli

sommerl. 2 Zimmer-

Wohnung

zu mieten gesucht.

Angebote mit Preisangabe an
die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Oberreichenbach.

Empfehle

Gabeln

und

Sensen

Handlung Friedrich Volz.

Calw, den 27. Juni 1917.

Geschäftsübergabe.

Meiner werten Kundschaft von Stadt und Land mache
ich hiemit die ergebene Mitteilung, daß ich mein Haus und
Geschäft an Frau Johanna Eberhard (Bankassister's
Witwe) hier käuflich abgetreten habe.

Für das mir in einer so langen Reihe von Jahren
vielseitig entgegengebrachte Vertrauen sage ich herzlichsten Dank
mit der freundschaftlichen Bitte, daselbe auch auf meine Nach-
folgerin übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

J. Jenisch.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Mitteilung werde
ich das von Herrn J. Jenisch hier übernommene

**Geschäft in Schirmen, Stöcken,
Spielwaren usw.**

in bisheriger Weise weiterführen; es wird mein Bestreben
sein, die verehrliche Einwohnerschaft von Stadt und Land in
reeller Weise zu bedienen und bitte ich um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Johanna Eberhard Witwe.

Schirm-Reparaturen

werden wie bisher ausgeführt.

Vergeßt die U-Boot-Spende nicht!!

Stuttgarter Anstalt für die Reinigung von

Inh.: August Staiger

empfiehlt sich im sorgfältigsten

Reinigen und Färben

von

Damen-, Herren-, und Kinder-Kleidern, Wolle,
Wiesing Vorhängen, Decken u. Möbelstoffen usw.
bei billigsten Preisen.

Annahmestelle in Calw b. W. Entenmann, Lederstr. 91.

Ein solider neuer oder gebrauch-
ter Ardriger

Handwagen

zu kaufen gesucht.

Angebote an
Karl Dillenius, Pforzheim.

Breitenberg.

Freitag nachmittags 1 Uhr ver-
kauft einen Bock reiner

Milch-

Schweine

Jak. Haselmaier, Glasmühle

Lügenhardt.

Ein jähriges

Rind

verkauft.

Georg Schönhardt.

Gültlingen.

Einen schönen wüsch. 15 Mon. alten

Zucht-

Sarren

(Roiheck) hat zu verkaufen

Gottlob Müller, b. Rath.